

Wolfsstimme

Volksstimme

zugleich für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanstra. 4. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Pommern-Schlesien je mm 0,12 Blotz für die achtspaltige Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 30. 9. ct. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolportage

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto W. R. D., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Verlängerung des Hooverfeierjahres

Neue Initiative Hoovers — Verlängerung des Zahlungsaufschubs auf 3 bis 5 Jahre — Unübersehbare Dauer der Krise

Washington. Präsident Hoover verhandelte am Montag abend, wie die „Washington Evening Post“ meldet, mit den Mitgliedern des beratenden Ausschusses des Bundesreservbankrates über die Frage der Verlängerung des Hoover-Jahres. Der Ausschuss empfahl dem Präsidenten, die sofortige Verlängerung des einjährigen Zahlungsaufschubs auf drei bis fünf Jahre. Sekretär Mellon schlug, dem genannten Blatt zufolge, drei Jahre vor. Weiterhin wurde gefordert, daß die eingetragenen deutschen Kredite bei den Bundesreservbankanten diskontfähig gemacht werden sollen.

In Washington wird dieser Konferenz, die nach dem Abendessen im Weißen Haus stattfand, und die sich bis weit über Mitternacht ausdehnte, größte Bedeutung beigegeben. Dem beratenden Ausschuss des Bundesreservbankrates gehören sämtliche Mitglieder der Bundesreservbezirke im ganzen Lande an.

Neben dem Weißen Haus und dem Bundesreservbankrat die Meldung der „Evening Post“ über die Verlängerung des Hooverfeierjahres in Abrede stellen, wird dem Bericht sowohl in New Yorker Finanzkreisen, als auch in politischen Kreisen in Washington größte Bedeutung beigegeben.

London. Wie der Washingtoner Mitarbeiter der „Times“ meldet, sind in den amerikanischen politischen und Finanzkreisen so viele ernste und dauernde Anzeichen einer besonderen Tätigkeit sichtbar,

daß der augenstehende Beobachter mit Entwürfungen von weitreichender Bedeutung im Laufe der nächsten Wochen rechnen müsse.

Es könne sich hierbei nur um eine Verlängerung des Moratoriums für die Kriegsschulden handeln. Die Bankwelt sei sich darüber einig, daß man das Moratorium baldmöglichst auf vier bis fünf Jahre ausdehnen sollte. Es sei jedoch noch keineswegs sicher, ob Hoover trotz des andauernden und starken Druckes, der auf ihn ausgeübt würde, sich schon bald überreden lasse. Ein wichtiger Beweis sei,

daß nur ein derartig langes Moratorium den Hintergrund für eine deutsch-französische Annäherung abgeben könne, die dringend gewünscht würde.

Hoover habe anscheinend die Absicht, die Angelegenheit so lange hinauszuziehen, bis der Kongreß Gelegenheit gehabt hätte, diese Frage zu erörtern. Der Mitarbeiter der „Times“ will aber aus gut unterrichteter Quelle wissen, daß Hoover ersucht worden sei, seine Entscheidung baldmöglichst zu treffen. In einigen Kreisen prophezeit man schon, daß sich der Präsident zu der Auffassung bekehren werde, aktive Schritte zu ergreifen. Auf jeden Fall sollte die Welt bald wissen, wozu er sich entschliesse.

Bankkontrolle als internationales Thema

Der Rücktritt der britischen Arbeiterregierung hat mit besonderer Deutlichkeit dargetan, von welchen Mächten die Welt beherrscht wird. Wenn auch die Form der Einflugsnahme zu verschiedenen Deutungen Anlaß gegeben haben mag, so konnte doch der „Daily Herald“ seine Behauptung aufrechterhalten, daß die amerikanische Bankwelt bei den entscheidenden Vorgängen in England so oder so ihre Hand im Spiele hatte. Die Welt steht vor der Wahl, entweder auf Gnade oder Ungnade den Banken ausgeliefert zu sein oder insofern die Rechte der Allgemeinheit zu wahren, als sie von den Banken geschädigt werden können. Ständen keine Interessen der Allgemeinheit auf dem Spiele, so hätte die Arbeiterbewegung wahrlich wenig Grund, eine Bankkontrolle zu verlangen. Denn da die Arbeiter kaum in die Möglichkeit verkehrt werden, sich große Bankkonten zu halten, würden sie ja mit ihren Forderungen lediglich die Kapitalisten gegen sich selber schlagen.

Weil die Bankkontrolle der Art der Sache nach letzten Endes auch den Kapitalisten zugute kommt, bestehen eigentlich mehr über die Form der Kontrolle als über die Kontrolle an sich Meinungsverschiedenheiten. Selbst im Bürgertum gibt es nur wenig Blätter, die die Vorschläge der Arbeiterbewegung über die Bankkontrolle einfach ablehnen. Zu diesen wenigen Zeitungen gehört die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ), die strenge Befürworterin der Interessen der Schweizerischen Hochfinanz. Dieses Blatt ist über den Ton und die unbegründet abweisende Gebärde, die vor 30 Jahren im Kampf gegen den Sozialismus üblich waren, auch heute noch nicht hinausgekommen. Während man in aller Welt Forderungen der Gewerkschaften sachlich prüft und bespricht, erledigt die NZZ jede derartige Diskussion immer noch mit einem entsetzten Warnruf gegen das „sozialistische Ungeheuer“ und seine „Machtgelüste“. Während sich die Arbeiterbewegung aller Länder überhaupt noch auf keine bestimmte Art der Kontrolle festgelegt hat, sondern — in Berücksichtigung der verschiedenen Umstände und Verhältnisse der verschiedenen Länder — lediglich prüft, wie die im Prinzip unbedingt notwendige Kontrolle wirkungsvoll durchgeführt werden könnte, und zwar unter Beteiligung aller an der Kontrolle interessierten Kreise, sieht die NZZ in diesem Vorgehen lediglich den Versuch der Gewerkschaften, eine Überwachung der ganzen Wirtschaft „vor allem durch Vertreter der sozialistischen Organisationen“ und den Gewinn „politischer Machtpositionen“ zu erreichen. Sie wird durch das Wort „Bankkontrolle“ in eine panikartige Angst verkehrt und will sie auf den kleinsten Sparrer übertragen, indem sie darget, daß bei solchen Kontrollmaßnahmen die meisten Kapitalisten „ohne Unterschied der Parteistellung den also kontrollierten Finanzinstituten in weitem Bogen ausweichen“ und sich der „Geschäftsumfang der schweizerischen Banken erheblich reduzieren werde“. Wenn man an all die Millionen denkt, die von deutschen Kapitalisten zum Nachteil ihres Landes ins Ausland geschoben wurden und ihren Weg insbesondere in die von der NZZ betretenen Schweizerbanken nahmen, so begreift man allerdings die Aufregung.

Wie „weltfremd“ im übrigen die Einstellung der NZZ gegenüber den Gewerkschaften und ihren Forderungen ist, läßt mit Leichtigkeit anhand der neuesten wirtschaftlichen Richtlinien der Gewerkschafts-Internationale und der ihr angeschlossenen Organisationen bewiesen werden. Um möglichst aktuell zu sein, sei hier — schon bevor die NZZ ihre Leser endlich über die „weltfremden staatssozialistischen Forderungen“ des zur Zeit lebenden britischen Gewerkschafts-Kongresses unterrichtet — beispielsweise anhand des offiziellen Berichtes des Generalrates dieser Organisation dargetan, wie solche Forderungen der Gewerkschaften heutzutage lauten: „Angesichts des wachsenden Verlangens der veränderten Leiter der britischen Schmelzindustrie verlangt allerdings der Generalrat der britischen Gewerkschaften, daß diese Industrien auf gemeinschaftlich: Grundlage zu stellen sind, sie sollen jedoch nach den modernsten geschäftlichen Methoden und frei von jeder politischen Beeinflussung geleitet werden.“

Wie sachlich gerade auch in der Schweiz von der Arbeiterbewegung die Bankkontrolle „zur Diskussion gestellt“ wird, zeigt die Veröffentlichung der Vorschläge von Prof. Dr. Fritz Marbach durch das sozialistische Organ „Berliner Tagblatt“. Marbach leitet seine Anregungen mit den vernünftigen Worten ein: „Wenn wir rein wirtschaftlich an die Frage der Banken-

Weitere Verhaftungen der Puttschisten

Dr. Priemer nach Südslawien geflüchtet — Baugoin's Nefte am Puttsch beteiligt — Starhemberg will nichts gewußt haben — Die Fahnenchwänze wollen nicht nachgeben

Wien. Ein amtliches Belgrader Telegramm bestätigt, daß Dr. Priemer mit seinem Sohn und einigen Begleitern in Marburg eingetroffen ist. Ein Auslieferungsgesuchen von österreichischer Seite dürfte nicht gestellt werden, da eine Auslieferung wegen Hochverrats, also wegen eines politischen Vergehens, nicht zu erwarten ist. Im Zusammenhang mit der Flucht Dr. Priemers wurde Graf Berthold Stürgkh, ein Neffe des früheren österreichischen Ministerpräsidenten, auf Schloß Halbentain unter dem Verdacht der Mithilfe verhaftet. Er bestreitet jedoch, Dr. Priemer am Sonntag gesehen zu haben. Neu verhaftet wurde in Graz der Chefredakteur der heimischen Heimatschutzzeitschrift „Panther“ namens Raibich. Gegen den Fraktionsführer des Heimatschutz im Nationalrat, Dr. Udo Neustädter-Stürmer, wurde Aufhebung der Immunität beantragt, ebenso gegen den Heimatschutzabgeordneten Lichtenegger. Unter den im Heimatschutzlagern in Kloster Neuburg Verhafteten befindet sich auch der Neffe des österreichischen Heeresministers, der ebenfalls Karl Baugoin heißt. Ein niederösterreichischer Stadtsführer der Heimwehr, Gallian, soll nach Ungarn geflüchtet sein. Starhemberg hat durch seinen Verteidiger Haftentlassungsantrag stellen lassen mit der Begründung,

daß er von dem Puttsch nichts gewußt habe. Die Alarmbereitschaft habe er erst unter dem Eindruck der steirischen Vorfälle befohlen. Starhemberg hat für die Dauer seiner „zeitweiligen Verhinderung“ den bisherigen Gauführer der oberösterreichischen Heimwehr, Graf Karl Reverteira, zum Stellvertreter ernannt. Reverteira, der den Titel „zeitweiliger Landesführer“ führt, erließ einen Aufruf, in dem es heißt: „Die gegenwärtigen Schwierigkeiten werden uns nicht hindern, unsere Arbeit fortzusetzen und die hohen Ziele unserer Bewegung zu verwirklichen.“

Aussprache über Minderheitsfragen

Genf. Im 6. (Politischen) Ausschuss der Völkerbundversammlung wird alsbald nach Erledigung der Fragen des europäischen Studienausschusses, vielleicht schon am Mittwoch, der von der Versammlung angenommene deutsche Antrag auf Aufwertung der Minderheitsfrage behandelt werden. Reichsaussenminister Dr. Curtius wird die Aussprache mit einer Erklärung einleiten, in der er auf Grund des Berichtes des Generalsekretärs das gegenwärtige Verfahren in Minderheitsangelegenheiten einer kritischen Beleuchtung unterziehen und mit Hinweis auf die Wichtigkeit der Sache und die Aufgaben der Völkerbundversammlung Anregungen für die weitere Behandlung der Frage in der Zukunft geben wird.

Zur Unterredung Briand-Curtius

Genf. Ueber die Unterredung zwischen Curtius und Briand am Dienstag nachmittag wird von zuständigen deutscher Stelle lediglich mitgeteilt, daß die die beiden Länder interessierenden Fragen erörtert worden seien. Es seien die Einzelheiten des Programmes des Berliner Besuches der französischen Minister behandelt worden und weiter hätten die beiden Minister die zur Zeit im Rahmen des Völkerbundes zur Verhandlung gelangenden Fragen besprochen. Briand beabsichtigt, am Mittwoch endgültig nach Paris zurückzukehren. Die Abreise Curtius nach Berlin ist vorläufig für Anfang nächster Woche vorgesehen, wird jedoch von dem Verlauf der bevorstehenden Ratverhandlungen abhängen. Nach den bisherigen Dispositionen sollen die große Beschwerde des Deutschen Volksbundes gegen Polen und die Danziger Frage Ende der Woche vor dem Rat zur Sprache gelangen



Heimwehr-Führer Dr. Priemer der Urheber der Sonntagsaktion

Organisation und deren Funktionsfähigkeit herantreten, so haben wir die Kritik nicht allein vom Standpunkt sozialistischer Seinsfolgens aus anzusehen, wir müssen uns vielmehr Rechenschaft darüber geben, wie die Banken als Kaufkraftsammler, Kreditvermittler und Kreditproduzenten vom Standpunkt einer historisch und rechtlich gegebenen wirtschaftlichen Spielregel aus funktionieren...“ Für die Organisation einer gesetzlich festzulegenden Bankkontrolle kommt eine Kopie ausländischer Maßnahmen (in verschiedenen Ländern gibt es bereits seit Jahrzehnten eine Bankkontrolle, d. R.) nicht in Betracht. Wenn auch die Sozialisierung der Kreditorganisationen das Ziel sozialistischer Bankpolitik ist, so ist doch zu bedenken, daß in einem Lande der formalen Demokratie sozialistische Forderungen jeweils nur in dem Maße Aussicht auf rasche Verwirklichung haben, als sie offenkundig (d. h. erfahrungsgemäß, nicht nur theoretisch erkannt) Besseres an Stelle des Schlechteren zeigen. Intuitiv richtig hat daher die Redaktion der „Berliner Tagwacht“ in ihrer Kritik der Bankpolitik der letzten Jahre nicht die Kredit-Sozialisierung schlechthin verlangt, sondern — als zeitgemäße Einleitung einer umfassenden Kreditreform — gesetzliche Grundlagen für die Kollektivkontrolle der Kreditbewirtschaftung.“

Daß dabei die Kontrolle möglichst unabhängig und unbürokratisch sein soll, versteht sich von selbst. Im übrigen lassen sich Vorschläge von Dr. Marbach wie folgt zusammenfassen: Vertretung des Staates in den Bankverwaltungsorganen. Die obligatorische Publikation von Halbjahresbilanzen, evtl. von Zweimonatsbilanzen ist in Erwägung zu ziehen. Den Revisionsverbänden (sämtliche Banken sind verpflichtet, sich einem Revisionsverband anzuschließen) liegt ob, die Liquidität der ihnen angeschlossenen Banken periodisch zu überprüfen und bekanntzugeben. Die schweizerischen Banken sind zu verpflichten, eine Organisation zwecks Ermöglichung einer bankkollektiven Kreditkontrolle zu schaffen. Es ist eine Emissionsprüfstelle zwecks Begutachtung derjenigen Emissionen zu schaffen, die der öffentlichen Zeichnung unterliegen. — Da man auch in der Schweiz „im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse (Standale, d. R.) im Bankwesen und auf die ausländischen Verbindlichkeiten der schweizerischen Banken“ nicht mehr um eine Intervention herumkommt, fand sechsen im Bundesrat eine erste Aussprache über „allfällige zu treffende Aufsichts- und Kontrollmaßnahmen“ statt. Es scheint, daß man in der Schweiz, wie in Deutschland, die weitergehenden Forderungen der Allgemeinheit durch die Ernennung einer Art Kommissar oder die Einführung gewisser Kontrollmaßnahmen seitens der Nationalbank dämpfen will.

Inzwischen haben auch die von den Presseberichten des Internationalen Gewerkschaftsbundes anhand der „Gewerkschafts-Zeitung“ (Organ des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes) besprochenen Anregungen zur Bankkontrolle zu konkreten Vorschlägen seitens der Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Bundes der Freien Angestellten an das Reichswirtschaftsministerium geführt.

Auch in diesen Vorschlägen ist — entgegen den einseitigen Behauptungen der N.Z. — für eine Kontrolle Sorge getragen, die sich aus Vertretern aller interessierten Schichten der Bevölkerung zusammensetzt. Es soll den obersten Instanzen, d. h. der Reichsregierung und dem von der Reichsregierung zu ernennenden Vorstand des Bankenamtes ein die allgemeinen Richtlinien bestimmender Beirat beigegeben werden, der sich aus Vertretern des Reichswirtschaftsrates (also der nationalen Zusammenfassung aller verantwortlichen Organisationen der Arbeiterschaft, der Geschäfts- und der Finanzwelt) sowie Delegierten von Reich, Ländern und Gemeinden und der Reichsbank zusammensetzt. Außer dem Vorstand und dem Beirat sollen im Bankenamt auch Bankkommissare als Organe des Bankenamtes sowie Wirtschaftsprüfer wirksam sein. Das Bankenamt kann durch diese Wirtschaftsprüfer die seiner Aufsicht unterliegenden Banken und erforderlichenfalls große Schuldner der Banken revidieren lassen.

Das Bankenamt hat in erster Linie die Aufgabe, die Geschäftsführung der Banken (die ihre Tätigkeit nur auf Grund einer Konzession ausüben können) im Interesse der Kreditwürdigkeit zu überwachen. Zu diesem Zwecke soll insbesondere für die größte Publizität Sorge getragen werden (obligatorische Berichte, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnung usw.). Das Bankenamt hat die Verpflichtung, allgemeine Vorschriften über die Anlagen der Banken unter dem Gesichtspunkt der Liquidität und der Sicherheit der Anlagen u. unter dem Gesichtspunkt gesamtwirtschaftlich erwünschter Kapitallenkung zu erlassen. Zur Ausführung seiner Aufgaben hat das Bankenamt insbesondere folgende Befugnisse: Das Bankenamt ist befugt, den beteiligten Banken und den Kommissaren den Stand der Verpflichtungen von Schuldnern, die von mehreren Banken Kredite erhalten haben, mitzuteilen, und es ist verpflichtet, auf Anfrage den Banken und ihren Kommissaren Auskunft über die Verschuldung eines Schuldners bei anderen Banken zu erteilen. Dem Bankenamt ist von jeder durch eine Bank für ein Unternehmen durchzuführenden Aktien- oder Schuldverschreibungsemission Mitteilung zu machen. Das Bankenamt ist berechtigt, allgemeine Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten zu erlassen und gegebenenfalls die Aufnahme von seiner Zustimmung abhängig zu machen. Es kann Bestimmungen erlassen über das Verhältnis von Gesellschaftskapital zu den Einlagen sowie über die Zuweisungen an den Reservefonds. Endlich ist es ermächtigt, das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Besitz oder die Beleihung von Aktien oder Anteilen anderer Erwerbsgesellschaften als Höchstgrenze festzusetzen und im Einvernehmen mit der Reichsbank Rahmenbestimmungen für die Kreditbedingungen der Banken, insbesondere für die Berechnung der Soll- und Haben-Zinsen und der Provisionen, zu erlassen.

„Die Leute vom Internationalen Gewerkschaftsbund“ sind nicht so weltfremd, sich vorzustellen, daß diese Vorschläge zu einem internationalen Schema ihrer Forderungen werden können. Wie Prof. Marbach sind sie der Ansicht, daß „das Werk der gesetzlichen Festlegung der Bankkontrolle ein Kompromiß sein wird. Es sind da so viele einschneidende Fragen und komplexe Probleme zu berücksichtigen, daß auch der einzelne, der zu den Forderungen Stellung bezieht, keinen fertigen Entwurf auflegen kann. Das wichtigste ist jetzt, daß ernste Vorschläge einen aufzustellenden Entwurf vorbereiten.“

Was wollen jedoch die N.Z. und die ihr geistesverwandten Blätter? Sollen etwa ihrer Ansicht nach die Banken in die Lage versetzt werden, ihre Geschäftspraxis, die Deutschland an den Rand des Abgrundes gebracht und der übrigen Welt unermesslichen Schaden zugefügt hat, fortzusetzen? Wenn dem so ist, so mögen sich diese Kreise offen für die Fortsetzung dieser Mißwirtschaft, für die Enteignung der Allgemeinheit durch die Banken und die Verschleuderung der ihnen anvertrauten Güter und Gelder aussprechen!

Der Europaausschuß überflüssig?

Erweiterung des Ausschusses — Keine Aufgabe erledigt — Finanz- und Wirtschaftsfragen überwiegen

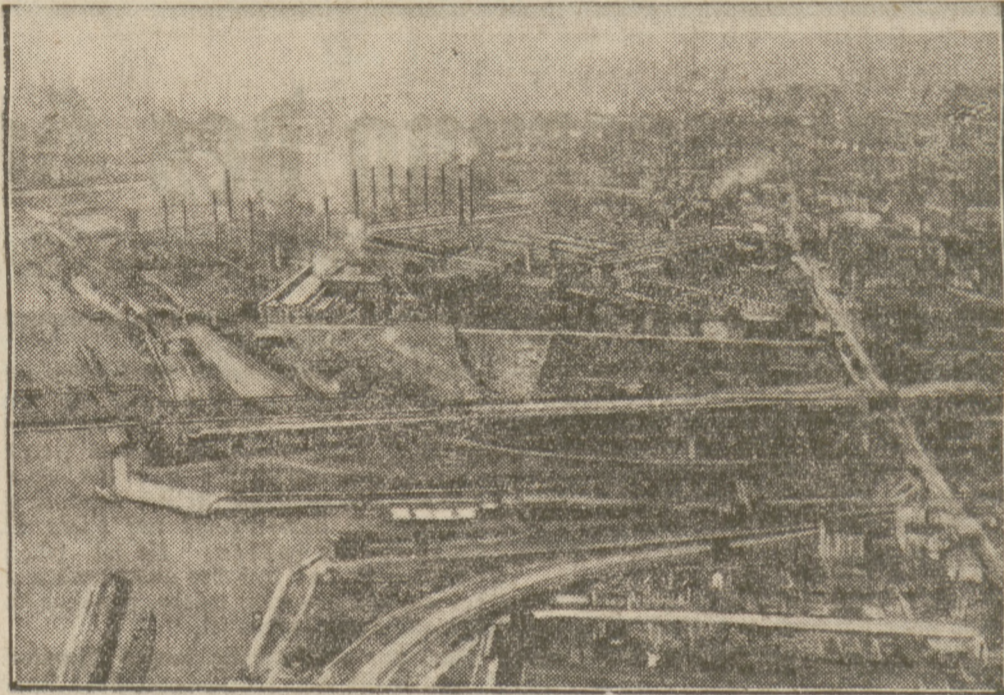
Genf. Die stundenlange Debatte im politischen Ausschusse der Völkerbunderversammlung über das weitere Schicksal des Europaausschusses ist zunächst mit der Einsetzung eines Redaktionsausschusses abgeschlossen worden, dem Briand, Curtius, Sato (Japan), Beneš, Lange (Norwegen), Grandi, Lord Lytton (England), Bista (Estland) und ein Vertreter Indiens angehören und der in der nächsten Sitzung am Mittwoch einen Vorschlag für die endgültige Regelung vorlegen soll.

In der Aussprache wurde von den außereuropäischen Staaten, insbesondere von China und Indien darauf hingewiesen, daß die Zuziehung der außereuropäischen Staaten zu den Verhandlungen des Europaausschusses unbedingt notwendig sei. Man sucht nunmehr eine Lösung zu finden, daß die Vollversammlung des Völkerbundes eine Entschließung annimmt, in der das Mandat des Europaausschusses auf ein weiteres Jahr verlängert wird, wobei den außereuropäischen Staaten zugesichert wird, daß sobald als möglich die Finanz- und Wirtschaftsorganisationen mit den im Europaausschuß be-

handelten wirtschaftspolitischen Fragen befaßt werden und lediglich außergewöhnliche Fälle rein europäischen Charakters auch weiterhin ausschließlich im Europaausschuß zur Verhandlung kommen.

Genf. Der vom politischen Ausschusse eingesetzte engere Redaktionsausschuß, dem Curtius, Grandi und Briand angehören, hat eine Entschließung für die Vollversammlung ausgearbeitet, in der die weiteren Richtlinien für die Arbeiten des Europaausschusses festgelegt werden. Die Entschließung, die zunächst im politischen Ausschusse und dann in der Vollversammlung zur Verhandlung kommen wird, enthält folgende drei Punkte:

1. Die Vollversammlung des Völkerbundes bestätigt den Jahresbericht über die Tätigkeit des Europaausschusses.
2. Der Europaausschuß wird ersucht, seine Arbeiten in der bisherigen Weise ohne Festsetzung jeder Frist fortzusetzen.
3. Probleme internationalen Charakters sollen in Zukunft nicht im Europaausschuß, sondern ausschließlich im Rahmen des Völkerbundes zur Verhandlung kommen.



Die Vereinigten Stahlwerke legen still

Die Leitung der Vereinigten Stahlwerke hat einen Stilllegungsantrag für die Niederrheinische Hütte in Duisburg (im Bilde) und die Hütte Vulkan in Duisburg gestellt. Es soll sich hierbei nur um eine vorläufige Maßnahme handeln. Erst wenn keine neuen Aufträge einlaufen, sollen diese Werke endgültig geschlossen werden.

Sturmzeichen in der englischen Flotte

Die Folgen der Sparmaßnahmen — Infolge Goldkürzung Manöverabfage

London. Die britische Admiralität teilt mit: „Nach Meldung des Kommandanten der Atlantic-Flotte hat die Befehlsabgabe der Goldherabsetzungen für die Marine bei einem Teil der Besatzungen Erregung ausgelöst. Infolgedessen hat man es für wünschenswert gehalten, die Durchführung des Manöverprogramms einzustellen und die Schiffe wieder in die Häfen zurückzuführen. In der Zwischenzeit sollen die Beschwerden über die durch die neue Goldregelung hervorgerufenen Härten geprüft und der Admiralität zu weiterer Beschlussfassung zugeteilt werden.“

Die Verbreitung der Meldung über die Unzufriedenheit in der Britischen Flotte durch das Amtliche englische Nachrichtenbüro Reuter beweist ihre Bedeutung ebenso wie die Tatsache, daß die Manöver dieser Mißstimmung wegen abgebrochen worden sind. Wenn einige Leute der Flotte sich als „unzufrieden“ erklären, so ist das bestimmt kein Grund, angesagte Flottenübungen zu verschieben, und man wird hinter der sehr vorsichtigen Fassung der amtlichen Mitteilung einen sehr hohen Grad der Mißstimmung vermuten müssen, die vermutlich nicht allzuviele von Vorfällen allerersten Natur liegen dürfte. Immerhin ist anzunehmen, daß Tradition und Geschick der britischen Flottenführung auch dieser Spannung Herr werden.

Fieberhafte Suche nach den Eisenbahnattentätern

Budapest. Die von der Polizei zur Aufdeckung der Eisenbahnattentäter gefundene Spur wird fieberhaft verfolgt. In der Schrift des am Tatort gefundenen Zettels glaubt ein Schriftführer einen ins Ausland geflüchteten kommunistischen (?) Agitator entdecken zu können, gegen den vor einigen Monaten ein Verfahren im Gange war. Jedoch ist er, wie die Polizei jetzt festgestellt hat, mit falschem Pässe des Oestern nach Ungarn ein und ausgereist. Gewißheit herrscht darüber, daß die Attentäter mit einem Auto an den Tatort gefahren sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind sie über die nahe slowakische Grenze entkommen. Die gestern in Gewahrsam genommenen vier Arbeiter wurden, da sie alle ein Alibi erbrachten, auf freien Fuß gesetzt.

Die Riesenüberschwemmung in Hankau

London. Flieger, die das überschwemmte Gebiet zwischen Hankau und Hankau besucht haben, berichten, wie Reuter aus Schanghai meldet, daß die ganze Gegend ein großer See sei, aus dem die Hügel des Landes wie kleine Inseln herausragten. Dschunken segelten, wo früher Städte und Dörfer gestanden haben. Überall hätte man Stroh-

dächer umhertreiben sehen, an denen sich noch Menschen festhielten. Der größere Teil der Stadt Hankau liege unter Wasser. Der Yangtsefluß sei nicht mehr wieder zu erkennen. Etwa 300 Kilometer oberhalb Hankaus trete er in einen großen See, aus dem er erst bei Nanjing wieder herausfließe.

Belagerungszustand in Chile aufgehoben

Die Strafanträge gegen die Meuterer.

Santiago de Chile. Der Belagerungszustand in Chile ist aufgehoben worden. In dem Prozeß gegen die Meuterer forderte der Staatsanwalt gegen neun Mitglieder der Besatzung des Flaggsschiffes die Todesstrafe. Gegen fünf andere Angeklagte, unter denen sich angeblich ein deutscher Junker namens Steenbecker befinden soll, wurden Zuchthausstrafen von 20 Jahren beantragt.

Gottlosenuniversität in Leningrad eröffnet

Moskau. In Leningrad wurde im Genossenschaftsbäude eine Universität der Gottlosen eröffnet. Sie soll Werber für die Gottlosenbewegung im Dorfe ausbilden. Die Universität ist für 300 Hörer berechnet. Die Kurse dauern zwei Monate.



Zum 70. Geburtstag des Bildhauers Prof. Schott

Prof. Walter Schott der bekannte deutsche Bildhauer, feiert am 18. Sept. seinen 70. Geburtstag. Die Marmorgruppe Albrechts des Bären in der Berliner Siegesallee, das Reiterstandbild Wilhelm I. vor dem Kaiserhaus in Goslar und viele andere berühmte Denkmäler gingen aus der Hand Prof. Schotts hervor.

